Erster UN-Gedenktag für Opfer religiöser Gewalt

20. August 2019



Unterdrückung religiöser Minderheiten in Südostasien nimmt zu. **Erster UN-Gedenktag für Opfer religiöser Gewalt.** Von Michael Lenz, Manila (KNA).

Die staatliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua meldete den UN-Beschluss im Mai im Detail: „Die Resolution verurteilt nachdrücklich alle Gewaltakte gegen Personen aufgrund ihrer Religion oder Weltanschauung sowie alle derartigen Akte, die sich gegen ihre Häuser, Geschäfte, Grundstücke, Schulen, Kulturzentren oder Kultstätten richten, sowie alle Angriffe auf religiöse Orte, Stätten und Schreine als Verstoß gegen das Völkerrecht.“

Offenbar fühlte sich die Regierung in Peking durch die Einführung des Gedenktags für die Opfer religiöser Gewalt, der am 22. August erstmals begangen wird, keineswegs selbst gemeint. Obwohl sie in Tibet Buddhisten unterdrückt, die muslimischen Uiguren verfolgt, die Katholiken des Landes unter ihre Fuchtel zwingt und Kreuze von Kirchendächern abreißen lässt.

Auch in anderen asiatischen Staaten nimmt die Unterdrückung religiöser Minderheiten zu. In Indonesien, dem Land mit der weltweit größten muslimischen Bevölkerung, wurde die

zunehmende religiöspolitische Polarisierung bei der Präsidentschaftswahl Ende April deutlich. Amtsinhaber und Wahlgewinner Joko Widodo hatte sich mit dem konservativen Kleriker Ma'ruf Amin als Vizepräsidentschaftskandidat verbündet, um seinem Herausforderer Prabowo Subianto und dessen salafistischen Hilfstruppen Paroli zu bieten.

Im kommunistischen Vietnam schmachten katholische Blogger, die für Demokratie, Religionsfreiheit oder Umweltschutz kämpfen, in den Gefängnissen des Regimes. Christen im mehrheitlich islamischen Malaysia ist es verboten, in ihren Schriften in der Landessprache das arabische Wort für Gott, „Allah", zu verwenden. Dies hat selbst in den islamischen arabischen Staaten, die ihrerseits in Sachen Religionsfreiheit nicht gerade vorbildlich dastehen, zu Verwunderung und Kritik geführt. Malaysische Christen gehören zu den Ureinwohnern sowie zur chinesischen Minderheit des Landes.

Aber auch auf den mehrheitlich katholischen Philippinen werden kritische Priester bedroht, eingeschüchtert und Ziel von Mordanschlägen. Bischof Pablo Virgilio David, stellvertretender Vorsitzender der Bischofskonferenz, ist wegen seiner Kritik an Präsident Rodrigo Dutertes Drogenkrieg wegen „Volksverhetzung" angeklagt.

In Indien ermorden hinduextremistische „Kuhrächer" Muslime, die mit Rindern handeln, und zwingen Christen, zum Hinduismus zu konvertieren. In Pakistan werden Christen immer wieder Ziele blutiger Terroranschläge oder Opfer der Blasphemiegesetzgebung.

Religiös motivierte Gewalt riesigen Ausmaßes aber war die Vertreibung von mehr als 700.000 muslimischen Rohingya aus Myanmar durch die Armee. Den Boden für den Hass gegen Muslime bereiten extremistische buddhistische Mönche.

Parlamentsabgeordnete der südostasiatischen Staaten fordern „dringliche" Maßnahmen zur Bekämpfung der wachsenden religiösen Intoleranz. „In der ganzen Region sehen wir eine Zunahme der Verbreitung von Hass, Diskriminierung und Gewalt gegen Minderheiten", warnten die „ASEANParlamentarier für Menschenrechte" im Mai dieses Jahres. Es gebe noch zu viel „Unwissenheit" und „Missverständnisse" über die Religions- und Glaubensfreiheit als Teil der Menschenrechte. Das sei „extrem beunruhigend".

Es gibt aber auch die andere, die tolerante Seite. Basisinitiativen, vor allem in Ländern mit hohem religiösem Konfliktpotenzial, setzen neuerdings Zeichen der Solidarität und des Friedens. In Indonesien schützen Mitglieder muslimischer Jugendorganisationen an Karfreitag, Ostern und Weihnachten Kirchen vor Anschlägen. Muslime unterstützen Spendenaktionen zur Renovierung der katholischen Kathedrale in Pakistans Metropole Karachi. Als buddhistische Extremisten in Myanmar während des Ramadans in diesem Jahr Moscheen gewaltsam schließen wollten, verteilten junge Buddhisten vor den betroffenen Moscheen weiße Rosen als Symbol des Friedens an Muslime. Ihnen allen könnte der neue Gedenktag für die Opfer religiöser Gewalt nun Auftrieb geben.

(KNA - tkslq-89-00008)

Stand: 13. November 2026